



Bei den Auftritten des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić geht es stets um Emotionen. ANDREJ CUKIC / EPA

Serbien gegen Kosovo – Feindschaft aus Prinzip

Die Zeichen mehren sich, dass im Konflikt zwischen Belgrad und Pristina eine Trendwende bevorstehen könnte.

Der Schaukelpolitik des serbischen Präsidenten Vučić fehlt es an Perspektive. Gastkommentar von Vedran Džihic

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić ist der Grossmeister des öffentlich zelebrierten Melodramas. Es vergeht kaum ein Tag, an dem er nicht vor den Fernsehkameras doziert, mit Pathos gen Himmel blickt und mit leiser Stimme, aber sichtbarer Aggression sich mal als Opfer, mal als Held darstellt.

Bei seinen Auftritten geht es nicht um eine klare politische Linie, um Berechenbarkeit seiner politischen Schachzüge oder um die Wahrheit. Nein, es geht stets um Emotionen, um ganz grosse Gefühle des nationalen Stolzes und der Ehre, des Verrates der politischen Gegner und die moralische Erhabenheit des Retters Serbiens, Aleksandar Vučić. «Nichts ist in Serbien das, was es zu sein scheint – und erst recht nicht das, was es sein sollte», schrieb dieser Tage die Feministin Adrijana Zaharijević in «Le Monde diplomatique». Diese «triste Buletke» von Vučić liess sich in den letzten Tagen, Wochen und Monaten am augenscheinlichsten in der Kosovo-Frage beobachten.

In der Opferrolle

Noch Anfang Januar 2023 liess Vučić mit einem trotzigem Instagram-Post aufhorchen, untermalt vom Spruch «Wolves don't lose sleep over the sheep's opinion». Er geisselte den Westen, Serbien, das «kleine friedliebende Land im Herzen Europas» stets unter Druck zu setzen. Die in den letzten Wochen massiv angestiegene Erwartung der EU, dass sich Serbien in der Kosovo-Frage, letztlich aber auch in der Russland-Politik endlich bewege – Serbien ist weiterhin das einzige europäische Land neben Weissrussland, das keine Sanktionen gegen Russland eingeführt hat –, hatte den Westen und vor allem Deutschland zur Zielscheibe von Vučićs Rhetorik gemacht.

Dann kam aber die melodramatische Andeutung der Wende in seiner Fernsehansprache von Anfang letzter Woche: Der Druck des Westens sei zu gross, der deutsch-französische Plan für die Lösung des Konflikts zwischen Kosovo und Serbien müsse akzeptiert werden. Folge Serbien ihm nicht, drohten der Verlust der EU-Perspektive, die Rücknahme der Investitionen und weitreichende politische und wirtschaftliche Folgen.

Seit dem Sommer 2022 liegt dieser sogenannte «deutsch-französische Vorschlag» auf dem Tisch. Das Vorbild dazu ist der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag: Die beiden Staaten sollen sich laut diesem Vorschlag zwar nicht anerkennen, aber auch nicht in ihrer Entwicklung behindern. Der Besuch eines Fünfergespanns, bestehend aus Vertretern der EU und den USA sowie Frankreichs, Deutschlands und Italiens, in Belgrad und Pristina scheint bei Serbiens Präsidenten grossen Eindruck hinterlassen zu haben.

Noch hat sich vor Ort rein gar nichts verändert. Die Lage im Norden des Kosovo ist weiterhin extrem angespannt. Erst in den letzten Tagen gab es wieder neue Zwischenfälle mit Verletzten. Kriegsgeschrei in den serbischen Boulevardmedien war auch in den letzten Tagen und Wochen unüberhörbar. Der kosovarische Premierminister Albin Kurti, den Vučić unlängst als «terroristischen Abschaum»

bezeichnete, ist der Bösewicht Nummer eins für die Serben. Die Kosovo-Albaner hingegen werfen Serbien prorussische Kriegstreiberei vor. Albin Kurti behauptet eine enge Allianz zwischen Russland und Serbien und spricht von Serbien als einer russischen «Gubernija», also einer russischen Provinz, die vom «Klein-Putin» Vučić autoritär regiert werde.

Die Nähe zwischen Serbien und Russland – und übrigens auch China – ist in der Tat unübersehbar. Russland hat sich seit Beginn der neuen Spannungen im Norden Kosovos Anfang August unmissverständlich auf die Seite Serbiens gestellt. Russische Medien stimmten in den Wochen und Monaten seit der Eskalation der Situation zwischen Serbien und Kosovo unisono ins Narrativ des bedrohten Brudervolkes der Serben und des bösen Westens, der nun auch am Balkan Russland provoziere und russische Interessen bedrohe, ein. In einer Meinungsumfrage vom Sommer 2022 nennen 40 Prozent der Serben Russland als den wichtigsten aussenpolitischen Partner Serbiens, zu Putin haben 45 Prozent der Serben eine positive Meinung. Zugleich 43 Prozent der Serben würden der eigenen Regierung raten, den Beitritt zur EU abzulehnen.

Nun steht Vučić vor dem grundsätzlichen Dilemma: Die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft erscheint schwach, die Unterstützung für Russland ist dominant. Die EU und der Westen sind die zentralen Wirtschaftspartner. Vučić, der seit Jahren eine Schaukelpolitik zwischen Russland, China und dem Westen führt, beteuerte angeblich im direkten Gespräch mit westlichen Diplomaten stets, dass er sich sehr gerne von Russland unabhängiger machen würde, dass ihm das aber wegen der stark prorussischen Öffentlichkeit und des Drucks der rechten Gruppierungen im Land nicht so schnell möglich sei. Wird er sich jetzt bewegen? Will er nicht eine totale Isolation Serbiens riskieren, wird er es früher oder später wohl tun müssen. Vučić wird aber zunächst einmal weiterhin versuchen, Zeit zu kaufen und den Druck auf seinen Gegenspieler Kurti zu erhöhen.

Das Ende des Trauerspiels?

Für den Westen steht sehr viel auf dem Spiel. Man will dem russischen Einfluss in der Region einen Riegel schieben und möchte keinesfalls eine neue kriegerische Flanke mitten in Europa riskieren. Auf dem Westbalkan wird man aus Brüssel über das Verwalten von immer wiederkehrenden Krisen hinaus auch eine glaubwürdige langfristige politische Vision für die Region benötigen.

Zuletzt war die EU-Erweiterung am Balkan ein Trauerspiel aus Blockaden, leeren Versprechen und einer Taktik des Hinauszögerns. Ohne die Hebelwirkung einer möglichen EU-Erweiterung wird man in Brüssel aber mittel- und langfristig nicht auskommen, nicht in Serbien und auch nicht im Fall von Kosovo, wo fünf EU-Mitgliedsstaaten weiterhin die Anerkennung der Republik verweigern.

Vedran Džihic forscht am Österreichischen Institut für internationale Politik und lehrt an der Universität Wien.